

Pressemitteilung

Appell an den Bundesrat: Keine 2-Klassen-Jugendhilfe!

Freiburg/Berlin, 1. Juni 2017 - Durch den aktuellen Gesetzentwurf im SGB VIII ist die Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen vor dem Gesetz gefährdet.

In der Sitzung des Bundesrates am 2. Juni werden die Mitglieder des Bundesrates über eine Reform abstimmen, bei der die Gruppe unbegleiteter minderjährigen Geflüchteten zu Jugendlichen zweiter Klasse werden. Unter anderem ermöglicht eine Länderöffnungsklausel, dass geflüchteten jungen Menschen die Kostenerstattung für Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen verweigert werden kann. Es ist zu befürchten, dass aus Kostengründen dieses Vorgehen zukünftig oftmals Anwendung findet.

Doch damit fallen wichtige Unterstützungsmaßnahmen für eine Integration weg. Es wäre fatal, wenn junge Geflüchtete sich selbst überlassen werden. Es ist zu befürchten, dass sie dadurch einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, sich zu radikalieren und zu kriminalisieren.

Kinderrechtsorganisationen wie ECPAT Deutschland und Flüchtlingsgruppen setzen sich seit Monaten vehement gegen diese Klassenentwicklung ein und appellieren an die Mitglieder des Bundesrates, diesen Gesetzentwurf nicht in dieser Form zu verabschieden. Die Änderung des SGB VIII muss im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention, nach der alle jungen Geflüchteten gleichermaßen ein Anrecht auf Unterstützung und Förderung haben.

Pressekontakt:

ECPAT Deutschland e.V., Mechtild Maurer, maurer@ecpat.de, 0761/45687148